

Fortsetzung von Seite 15

«Ich bin Trouble- ...»

wird Marcel Geissbühler, heutiger geschäftsführender Direktor der Bieler Gassmann-Verlagsgruppe, die Führung übernehmen.

Donald Trumps ehemaliger Präsidentenberater Steve Bannon sagte kürzlich in Zürich: «Blocher, das ist Trump vor Trump.» Sind Sie Trumps Vorbild? Vermutlich hat er auf 1992 angesprochen, als die Schweizer Bürger gegen das gesamte Establishment unter meiner Führung den Kampf gegen den EWR-/EU-Beitritt führten und dann die Schweiz vor einem EU-Beitritt bewahrten. Auch Trump hat sich gegen das herrschende Establishment gestellt, oft gegen seine eigene Partei. Ich hätte ja auch nie erwartet, dass er gewählt wird.

Macht der US-Präsident einen guten Job? Dass er die Steuersenkung durchbrachte, ist eine grosse Leistung, ohne auf die Details einzugehen. Sie hat ja auch ihre negativen Aspekte, wie die Schweizer Banken jetzt gemerkt haben; weil sie keine Verlustvorträge mehr geltend machen können, mussten sie Milliarden-Verluste in der Gesamtrechnung vornehmen. Das zeigt, wie wichtig eine eigenständige schweizerische Politik ist. Sonst erlebt man, dass irgendwo jemand über Nacht das Steuersystem ändert. Rechtssicherheit ist ein hohes Gut und nur im nationalen Rechtsstaat zu verwirklichen. Dies wird durch einen eigenständigen gesetzgeberischen Handlungsspielraum am besten gewahrt.

Und die Einführung von Strafzöllen – 25 Prozent auf Stahl, 10 Prozent auf Aluminium – finden Sie auch gut? Das beurteile ich skeptisch. Ich glaube auch, dass dies auf die Dauer den USA mehr schadet als nützt. Es ist eine Illusion zu glauben, dass die USA mit Zollerhöhungen jene Billigprodukte zurückholen können, die sie an China verloren haben. China hat für Massenprodukte eine ganz andere Kostenstruktur. Und durch die Zölle verteuern sich die Produkte in den USA.

«Das Plumpste in der Handelspolitik ist das Hantieren mit Zöllen.»

Also sind die Strafzölle ein Fehler?

Vielleicht könnten die USA von der Schweiz lernen. Die Schweiz hat zum Beispiel den Massentextilmarkt an Asien verloren, aber bei uns hat niemand nach Zöllen und dem Staat gerufen. Aber – ich kenne dies vom eigenen Unternehmen – die Schweiz hat auf Produkte mit höherer Wertschöpfung umgestellt. Aber um dies hinzukriegen, müssten die USA vielleicht doch ihr Bildungswesen ändern. Das Land hat zwar Spitzenleistung, die grösste Nobelpreisträgerdichte, aber es fehlt die wirkliche Berufsausbildung, darum fehlen gut ausgebildete Berufsleute. Strafzölle als Gegenmittel bringen nichts.

Die Chinesen schlagen zurück, auch die EU. Macht sich Protektionismus breit? Das ist die Gefahr. Das Plumpste in der Handelspolitik ist das Hantieren mit Zöllen. In den Bereichen, wo weltweit Handelsfreiheit besteht, haben Zölle keinen Platz. Ich habe mich immer für den Abbau von Zöllen eingesetzt. Ich staune übrigens auch, dass die EU für Autoimporte 10 Pro-



Christoph Blocher: «Ich hätte nie erwartet, dass Trump gewählt wird.»

zent Zölle erhebt. Die Schweiz ist in dieser Beziehung vorbildlich.

Sie waren vor zehn Jahren in den USA und wollten ein Freihandelsabkommen. Im letzten Moment schreckten Sie zurück, weil Sie den Widerstand der Schweizer Bauern fürchteten.

So war es nicht. Die Landwirtschaft ist nicht der freien Marktwirtschaft unterstellt. Weltweit nicht. Weil man sie zum Schutz des eigenen Landes nicht preisgeben kann. Die Amerikaner sagten damals, für die Schweiz machen wir beim Agrarschutz eine Ausnahme. Sie wussten, dass die Schweiz den US-Markt nicht mit Landwirtschaftsprodukten überschwemmen würde, aber dass der landwirtschaftliche Freihandel die Landwirtschaft in der Schweiz zermürben würde. Gleichzeitig steckten damals die USA in Agrarzoll-Verhandlungen mit südamerikanischen Staaten. Sie durften uns nicht entgegenkommen, sonst hätten diese südamerikanischen Staaten dasselbe verlangt. Die USA haben uns auf «später» vertröstet.

Und heute?

Die Zeit für ein Freihandelsabkommen mit den Amerikanern mit Schutz für die Landwirtschaft ist so günstig wie nie. Die USA begründen die Strafzölle mit Sicherheitsüberlegungen. Zum Schutze der amerikanischen Sicherheit seien Stahl- und Aluminiumprodukte im eigenen Land unerlässlich. Dies muss für die schweizerische Landwirtschaft umso mehr gelten, da diese ja nur etwa 50 Prozent der hier konsumierten Nahrungsmittel herstellt. Für solche Überlegungen wären die USA heute empfänglich.

Die Agrarzölle liegen bei uns gemäss WTO bei 30 Prozent, in der EU sind es bloss 10 Prozent. Da gibt es viel Spielraum. Sagen Sie, wie Sie die Ziele der Landwirtschaft anders auffangen wollen. Der Schutz der Landwirtschaft ist im Interesse der Schweiz notwendig. Man kann nicht etwas dem freien Handel unterstellen, das man nicht bereit ist, aufzugeben, wenn man nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Mehr Markt erhöht die Innovation. Und: Es muss nicht jeder Bauer drei Hochleistungstraktoren im der Scheune haben. Ich bin gelernter Bauer. Klar bin ich für Effizienz und für unternehmerische Freiheit. Aber dann fangen wir bei den staatlichen Vorschriften an. Dass man etwa per Gesetz erst ab dem 15. Juni mähen darf

Wort und Spiel

Medien Blochers Zeitungshaus AG übernimmt im Tausch gegen die «Basler Zeitung» vier Gratiszeitungen, darunter das «Tagblatt der Stadt Zürich». Dieses gehört derzeit zu 65 Prozent Tamedia und Autoimporteur Walter Frey. Neu hält die Zeitungshaus in Baar 29 Gratisblätter in der Schweiz.



Musik Blocher hat die Stiftung Musikinsel Rheinau mit 20 Millionen alimentiert. Auf der Rheininsel befindet sich ein Hotel mit Übungs- und Konzerräumen. Verantwortlich fürs Operative ist Rahel Blocher. Sie arbeitete nach dem Studium bei Clariant Elma Electronic. Seit 2009 kümmert sie sich um die Medien und um Rheinau.

oder dass der Staat vorschreibt, wann man die Gülle und den Mist auf seiner Wiese ausbringen darf und vieles mehr wird bürokratisch geregelt. Es ist unglaublich, diese Regulierungen, und es kommen immer mehr. Ich weiss nicht, ob ich noch bauern möchte, wenn ich einen Betrieb hätte.

Sie haben kürzlich Ihre Ämter in der SVP abgegeben, zumindest pro forma.

Nein, nicht pro forma. Ich sitze nicht mehr im leitenden Ausschuss und bin nicht mehr für die Parteistrategie verantwortlich.

Sie mischen hinter den Kulissen weiter mit. Ab und zu verschicken Sie SMS, wie im Fall der Kandidatur Sion 2026 – und machen Druck auf die SVP-Fraktion. Ich sage ab und zu meine Meinung. Das ist mein Recht und meine Pflicht.

Die SVP-Fraktion wollte 1 Milliarde für die Olympischen Spiele in Sion 2026 zuerst durchwinken. Nach Ihrer Intervention kippte die Partei – und plädiert nun für eine Volksabstimmung.

Ja, ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass, wer für demokratische Entscheide ist, nicht bei einer Olympia 2026, wo man immerhin 1 Milliarde vorschiessen will, auf einen Volksentscheid verzichten darf, aber bei der Fliegerbeschaffung einen Volksentscheid fordert und gleichzeitig für das Finanzreferendum ist. Da habe ich mitgeteilt, diese Haltung sei nicht konsequent. Diesen demokratischen Gesichtspunkt hatte die Fraktion anfänglich zu wenig berücksichtigt.

Auch SVP-Bundesrat Guy Parmelin will keine Volksabstimmung.

Das ist verständlich. Bundesräte sind nie für Referenden. Guy Parmelin hat sich ge-

sagt: Wenn wir alleine entscheiden, haben wir das Projekt auf sicher. Das ist immer so.

Geben Sie zu: Sie wollen mit einer Volksabstimmung das Projekt verzögern, damit es nicht mehr realisierbar ist. Weil Sie mit Sport nichts am Hut haben.

Nein, das ist nicht wahr. Es geht mir nicht um pro oder contra Olympia 2026. Aber für die Demokratie. Dölf Ogi hat mich vor Jahren gebeten, bei einem Unterstützungsverein für Ski-Spitzensportler mitzumachen. Seither zahle ich privat jährlich nicht wenig Geld in diesen Topf. Mir geht es um Glaubwürdigkeit. Deshalb bin ich ja auch gegen den institutionellen Rahmenvertrag mit der EU. Da werden die schweizerische Demokratie und die Unabhängigkeit ausgehebelt, indem die EU anstelle der Schweiz entscheidet.

Statt Ihnen sitzt nun Magdalena Martullo-Blocher im Vize-Präsidium. Sie ist eine überaus tüchtige Unternehmerin. Dass sie diese politische Aufgabe übernommen hat, freut mich.

Unser Eindruck: Sie macht es fast besser als Sie bei der Ems-Chemie.

Nicht nur fast, es ist so. Ein Vergleich ist allerdings nicht einfach, weil sie eine andere Aufgabe hat als ich damals. Ich habe eine marode Firma übernommen, sie saniert, entschuldet, neu ausgerichtet. Sie hat die Firma von mir übernommen und sehr erfolgreich weiterentwickelt. Das kann sie besser als ich. Sie hat schliesslich ein Ökonomie-Studium und Marketing-erfahrung hinter sich.

Das heisst: Sie sind der Mann fürs Grobe? Ich war gezwungenermassen der Troubleshooter (lacht). Als ich in die Firma eintrat, verstand ich nichts von Wirtschaft. Ich musste alles selbst «lismen».

Magdalena Martullo ist eingestiegen, als die Ems an der Börse 2,5 Milliarden wert war, jetzt sind es 14 Milliarden.

Ja, das ist unglaublich und erst noch mit guten Resultaten untermauert. Als ich die Firma 1983 kaufte, war sie etwa 100 Millionen wert. Sie ist dann auf 2,5 Milliarden gestiegen, also etwa das 25-Fache. Wenn Sie von weit unten kommen, ist eine prozentuale Steigerung einfacher.

Ihre Tochter sagte kürzlich: «Im Notfall würde ich für den Bundesrat kandidieren.» Was will eine Unternehmerin in einem Konkordanz-Gremium?

Sie hat gar nicht gesagt, sie wolle in den Bundesrat. Aber ich habe dies auch erlebt. Wenn ständig Fragen zu einer möglichen Bundesratskandidatur gestellt werden, müssen Sie aufpassen. Erklären Sie Ihre Nichtbereitschaft, entziehen Sie sich einer eventuellen Pflicht und Sie verlieren zu Recht politisches Gewicht in Bern. Klar würde sie einen guten Job machen, aber es käme wohl heute nicht infrage. Sie steht in der Verantwortung, ein globales Unternehmen in herausfordernden Zeiten zu steuern. Das mit politischer Verantwortung zu paaren, ist anspruchsvoll.

Die SVP tut sich schwer, man hat in Bern, Genf und Zürich schwere Niederlagen einstecken müssen. Gehen der Partei die Ideen aus?

«Meine Tochter kann die Ems-Chemie besser weiterentwickeln als ich.»

Wir sind auf enorm hohem Niveau. Wenn wir stärker wachsen wollten, müssten wir eine Verwässerung in Kauf nehmen. Ich bin für Fokussieren. Aber es ist wahr, in Zürich, Bern und Genf waren unsere Leute zu wenig engagiert. In Bern hätte man mit Regierungsrat Pierre Alain Schnegg leicht zulegen können. Aber: «Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen!»

Auch in Zürcher Gemeinden hat man schwer verloren. Es sind die SP und die Grünen, die zulegen. Ihr Rezept?

Wir leben zurzeit weltweit in sehr guter wirtschaftlicher Situation. Da ist Linkes Mode: Man kann verteilen. Doch schwere Zeiten werden kommen, dann ist seriöse Politik gefragt.

Ihre letzte grosse Aufgabe ist die Verhinderung eines institutionellen Rahmenabkommens, das eine regelmässige Abgleichung mit EU-Recht vorsieht. Mit Verlaub: Dieses Konzept wird längst angewendet, etwa beim Schengen-Vertrag oder beim Luftverkehrsabkommen.

Wenn man an einem Ort eine Dummheit macht, muss man sie nicht ein zweites Mal wiederholen. Im Luftverkehr ist es ohnehin viel weniger problematisch. Die Luftüberwachung ist seit langem international geregelt. Ansonsten bin ich dezidiert der Meinung, dass man die Entscheidungsfreiheit nicht ohne Not abgibt.

Die Schweiz will Ausnahmeregelungen aushandeln und pocht auf ein Schiedsgericht. Warten Sie das Ergebnis ab.

Was nützen Schiedsgerichte, wenn die EU befiehlt. Bereits will man von der EU Ausnahmen, dass sie nicht Kantonalbanken im Rahmen des Verbots von staatlichen Subventionen und Beihilfen verbieten kann. Oder Gebäudeversicherungen, oder Bürgerrechtsregelungen. Sie sehen überall Ausnahmen. Die nicht absehbaren Dinge aber gibt man preis. Nochmals: Man gibt keine Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse in wichtigen Fragen ab. Jeder Unternehmer, jeder Staat vertritt seine Interessen. Wir die unseren, die anderen die ihren! Es geht bei diesem Rahmenabkommen um die Grundlage der Eidgenossenschaft, um Unabhängigkeit, direkte Demokratie, bewaffnete Neutralität, Föderalismus: Auch um die Autonomie in Steuerfragen. Auch für die Wirtschaft sind diese Fragen enorm wichtig. Es geht um Rechtssicherheit.

Ein Grossteil der Wirtschaft plädiert für ein institutionelles Rahmenabkommen.

Die grossen Wirtschaftsverbände und namentlich die Grosskonzerne lassen sich blenden. Da sitzen oft Ausländer an der Spitze, vielleicht ökonomisch gute Leute, aber internationale Grossunternehmen haben wenig Verständnis für das Staatssystem der Schweiz, auch nicht für die direkte Demokratie. Früher standen da Leute an der Spitze, die im Militär, in der Schulpflege, in der Schweiz verwurzelt waren.



Christoph Blocher im Gespräch mit Chefredaktor Stefan Barmettler.

ANZEIGE

AUKTION

Samstag 21. April 2018 | 13.30

Klassische Automobile & Motorräder

Vorbereitung: ab sofort täglich!



Einige von rund 90 Gelegenheiten...

Porsche 356 B 16 '63 • Dodge D8 Cabriolet Langenthal '38
 Jaguar XK 120 Autentisch-Cabrio '51 • Citroën Ami Super PU '73
 sowie Austin-Healey 100/4 BN1 • BMW R 90 S & Z8 Roadster
 Cadillac 370A V12 Conv. Cpe '31 Conidor A350 • Ferrari 456
 GT • Fiat 850 Bertone Berlinetta Racer • Honda CB 750 Four
 Gespann • Jaguar E V12 Roadster • Mercedes 230 SL & 300
 SEL 6.3 • MG TD • Porsche 911 SC Cabrio & 914/6 „GT“
 Riley RMC Roadster • RR Silver Shadow • Triumph T140 E
 Bonneville • Volvo 262 C • VW Käfer 1300 '65 • u.A.M

Katalog inkl. Eintritt zu CHF 40.00 bei:
 Oldtimer Galerie, Auktion, 3125 Toffen
 Tel. *031 8196161 | Fax *031 8193747
 www.TheSwissAuctioneers.swiss